

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 28.

Halle, Sonnabend, den 17. Januar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

Der Kampf um die Teuerungszulagen.

Die Teuerungszulagen in der Nationalversammlung.

17. B. Berlin, 17. Januar. 130. Sitzung. 10 Uhr vor Mittag. Der von Mitgliedern aller Parteien eingebrachte Nachtragsentwurf zur Erhöhung der Teuerungszulagen für Beamte, Offiziere, Mannschaften usw. um 150 Prozent steht zur ersten Beratung. Befürworter fordern dafür fünf Millionen Mark. Reichsfinanzminister Erzberger:

Ich würde mich freuen, wenn der Entwurf möglichst heute noch in allen drei Lesungen verabschiedet wird. Ich werde mich nun bei dieser Gelegenheit gegen die Vermehrung geltend gemacht hat. Das Reich hat indessen ein Interesse daran, kinderreiche Familien in jeder Weise zu unterstützen.

Erfreulich ist das Einverständnis der Beamten, daß mit der Befolgungsvorm eine Steigerung der Arbeitsleistung eintreten muß, damit die Zahl der Beamten vermindert werden kann. Es muß auch für sie allgemein der achtstündige Arbeitstag eingeführt werden. Ebenso zu begrüßen ist die Erklärung der Beamtenschaft, daß sie selbst unter sich mit allen Mitteln dahin wirken wolle, daß die Korruption aufhöre.

Reichsfinanzminister Erzberger weist jedoch Einsprüche der U. S. V. zurück. Die Regierung muß und wird den Kampf gegen den Terror mit aller Entschiedenheit fortsetzen. Nicht die Arbeiter sind die Schuldigen an der jetzigen schlechten Lage, die Schuld an ihr ist den Wirtschaftseigenen zuzurechnen. Die Politik der Regierung führt nicht zum Staatsbankrott, denn ein besseres Anleihenkapital als die unbedingte Ausweitung der Staatsschuld ist nicht denkbar. Ein Abbau der Preise, der die Produktion vermindert, würde jetzt bedenklich sein.

Hg. Heim (Bauer. W.): Sowie Sie nicht mit dem Feiner. Der Minister für Weizen ist in Frankreich viermal höher wie bei uns. Die Entwicklung wird dahin führen, daß man das.

Geld letzten Endes nicht mehr akzeptieren wird, sondern daß man nur noch Waren gegen Waren gibt. Man höre doch endlich auf, den Landeigenen Preise zu bieten, die Teuerungszulagen nicht decken. Durch ungenügenden Preis verringert sich die Produktion und das Reich muß im Auslande die Prämien zahlen, die es den einheimischen Landeigenen verweigert (Korn: Sie hätten Ernährungsminister werden sollen). Als Finanzminister mit 10 Millionen kann ich mich damit nicht einverstanden erklären. (Seufzer.)

Die Folgen der Erzberger Politik.

300 jährliche Gemeinden vor dem Zusammenbruch. Dresden, 17. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Sächsische Gemeindevertreter haben ausgedrückt, daß etwa 300 jährliche Gemeinden finanziell zusammenbrechen, wenn Erzbergers Steuerpolitik verwirklicht wird.

Die Reichsrücklieferungskommission.

17. B. Berlin, 17. Januar. Aus dem Wiederanbau-Ministerium erfahren wir: Das Ministerium des Reichs der Wirtschaft hat die holl. Regierung beim Reichsrücklieferungs- und Reichsanlagen-telegraphisch hinsichtlich der Verwertung einmündig und die Ernennung eines besonderen holländischen Kommissars beantragt.

Hessen protestiert.

Das Verlangen nach einem besonderen Kommissar. 17. B. Darmstadt, 17. Jan. Gegen die Bestellung des preussischen Vizepräsidenten Dr. Schwander-Raffel zum Teuerungskommissar, auch für Hessen, während des derzeitigen Bestandes hat die holl. Regierung beim Reichsrücklieferungs- und Reichsanlagen-telegraphisch hinsichtlich der Verwertung einmündig und die Ernennung eines besonderen holländischen Kommissars beantragt.

Große Kundgebungen in Flensburg.

Flensburg, 17. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Dem Abblümsungsantrag waren getreten in den vier größten lokalen Versammlungen einberufen, aber schon eine Stunde vor Beginn waren dieselben geschlossen. In den Versammlungen sprach der Redner. Alle diejenigen, die nicht mehr in die Säle konnten, hielten Versammlungen unter freiem Himmel ab. Am Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der einstimmig die Forderung zum deutschen Volk

zum Ausdruck gebracht wurde. In die Versammlungen schloß sich ein nach Tausenden zählender Umzug durch die Stadt unter den Klängen des schleswig-holsteinischen Liedes. Es war dies die größte Kundgebung, die jemals in Schleswig stattgefunden hat.

Noch keine Gefangenenzüge!

Frankfurt a. M., 17. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Bis jetzt ist noch keine der schon seit vier Tagen fälligen Gefangenenzüge über die deutsche Grenze gekommen. Die Franzosen haben die Antanzigkeit der Kriegsgefangenen-transporte auf die Nachtstunden von 1 bis 5 Uhr festgelegt, damit keinerlei Empfänge und Donationen für die Heimkehrer stattfinden können.

Kadel noch in Berlin.

17. B. Berlin, 17. Januar. Die „D. Allgem. Ztg.“ stellt gegenüber anderslautend in Wien umgekehrt, daß der bekannte russische Zigarettenfabrikant sich gegenwärtig nach in Berlin befindet. Verhandlungen mit der polnischen Regierung über die Durchreiserechtsfrage für Kadel sind nunmehr soweit getrieben, daß seine Abreise in den nächsten Tagen erfolgen kann.

Eine Niederlage Clemenceaus.

Clemenceau kandidiert nicht. Paris, 16. Januar. Die Mitglieder des Senats und der Kammer trafen heute zu einer Besprechung zusammen, um die Kandidaten für die Präsidentschaft zu besprechen. Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Deland 408, Clemenceau 388, Poincaré 16, Jonnart 6, Fern Bourgeois 5 und Foch 1. Clemenceau zog daraufhin seine Kandidatur für den Präsidentschaftsposten zurück.

Paris, 16. Januar. Kard. Nach der Stimm im Palais Luxemburg besaß sich die Mehrheit der Minister zu Clemenceau, um ihn zu bitten, seine Kandidatur aufrecht zu erhalten. Clemenceau erklärte, daß er auf keinen Fall seine Einwilligung geben werde.

Hollands Königin für Kaiser Wilhelm.

Basel, 17. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Prethinformation meldet aus Amsterdam: In lost auf unterrichteten politischen Kreisen verläutet, die Königin von Holland werde die Initiative ergreifen und der Welt in einer Erklärung darinnen, daß das Begehren der Alliierten, den deutschen Kaiser auszuliefern, unangehörig ist. Man dürfe Holland nicht zwingen, das Anrecht zu verlieren. Wie die Information aus Amsterdam meldet, ist die offizielle Note der Alliierten, in der Holland ersucht wird, den deutschen Kaiser auszuliefern, bis jetzt im Haag noch nicht eingetroffen. Die Regierung beschloß unmittelbar nach Eintreffen der Note ihre Stellung in dieser Frage in einer besonderen Sitzung in der Kammer zu besprechen und sich über ihren Standpunkt zu rechtfertigen.

Einstellung des österreichischen Verkehrs.

Folgen des oberösterreichischen Streits. Wien, 16. Januar. (Korr. Wien.) Da durch den Eisenbahn- und Kohlenarbeiterstreik in Oberösterreich und Oltzauer Kohlenarbeiter eine völlige Behinderung des Kohlenverkehrs eingetreten ist und das Ergebnis der Prager Verhandlungen erst in einigen Tagen bekannt werden kann, erfolgt eine Einstellung des gesamten Person- und Güterverkehrs auf den österreichischen Eisenbahnen für die Zeit vom 19. Januar bis einschließlich 25. Januar unter denselben Bedingungen, wie in der Weihnachtswoche des Vorjahres.

Neue drahtlose Erfindung.

Kopenhagen, 17. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Derartige Erfindungen sind aus London gemeldet: Die Marconi-Gesellschaft hat eine neue drahtlose Verbindung gemacht, welche darin besteht, daß Schiffe in Seezeit einander durch Glockensignale zu Hilfe rufen können. Ein Schiff, das sich in Not befindet, ruft nunmehr im Lande, ohne daß es einen Telegraphen an Bord hat, die Glocken oder andere Signale ertönen lassen und sie auf seine Notlage aufmerksam zu machen.

Deutschland und Sowjet-Rußland.

17. B. Berlin, 17. Januar. Gegenüber französischen Behauptungen, daß die deutsche Regierung Verbindung mit Sowjet-Rußland habe und bereits eine Kommission über einen nach Moskau geschickt habe, bemerkt die „D. Allgem. Ztg.“, daß diese Mitteilungen unzutreffend sind. Nichts ist nur, daß Beauftragte des Roten Kreuzes über Kommissar Innere Angelegenheiten, um den deutschen Kriegsgefangenen dort Hilfsmittel und andere Bedarfsartikel zu überbringen, welche von den Gefangenen dringend benötigt werden.

Leiden oder handeln?

Son unserer Berliner Redaktion.

Herr Bauer, Deutschlands Kanzler, ist Vertreter der Weidmann. Unsere auswärtige Politik hat bereits längt darauf verzichtet, irgendwas das klare und demokratisch gut fundierte Recht auf Deutschlands Ehre und Selbständigkeit zum Ausgangspunkt eines Verfahrens zu machen, das klarheit nach innen und außen schafft. Herr Bauer sagte zu einem Journalisten, dem Vertreter eines deutschfeindlichen schweizer Blattes (wo bleibt der betante Freischütz des in der Zeitungskunde unbekannteren Herrn Bauer?), wir würden den Friedensvertrag Punkt für Punkt erfüllen, redneten aber auf die Einnahme der Weidmann. Herr Bauer, der auf gleichen Tage, dieser Friedensvertrag sei unerfüllbar und müsse fort. So viel logikalische Köpfe, so viel Meinungen. Aber gerade die Demokratie bedarf von ihren Vertretern, daß sie liberal und allernenn die Forderungen der Demokratie durchsetzen und zur Sprache bringen. Wir aber haben weder eine demokratische noch deutsche Politik. Wir sind nicht Subjekt, sondern Objekt der Nationen geworden, und Herr Bauer ist vollkommen damit einverstanden.

In diesen Tagen der Geschäftigkeit der Entente gegen uns, die Auslieferung des deutschen Kaisers und anderer angeblicher Mithingidinger verlangt, da England seinen Deutschen trotz des Friedens im Lande haben will und die zugewandten Deutschen in die Festungswälle bringt, da Frankreich sich im Abenteur als Biederer jedes Vertrages gebildet und Dronomanen erweist, die dem Ludwig XIV. gleichen, beschränkt sich die Reichsregierung auf papierne Proteste und Beteuerungen guten Willens. Trotz dieser Beteuerungen gehen die Gegner daran, uns von unserer blicklichen Lebensader abzuschneiden, den Weidmann zu verfallen, Recht und Vertrag mit Füßen zu treten. Wenn jemals eine Zeit geeignet wäre, demokratische Forderungen als Rationalisierungen hinzustellen, so, wie es Frankreich und England und Amerika Politiker während des Krieges machten, dann wäre es diese Zeit. Die Gegner haben unter demokratischen Phrasen ihre Niederwerfungspolitik und ihr Gewaltigstein verdeckt gehalten, bis wir es jetzt schmerzhaft empfinden. Deutschlands Regierung hätte, da sie wirklich demokratisch gefasst ist, die Pflicht, die Methode der Gegner mit mehr und eindringlicherer Macht aufzunehmen und durchzuführen. Aber sie schweigt oder sagt, sie wolle wie ein Vämmlin leiden.

Dabei hat Deutschland Argumente von surdbarer Macht. Der Verfall der Vertrag ist Ausdruck des von sehr bei den Gegnern waltenden Göttes und Beweis, daß ihr Krieg nicht gegen die Hohenzollern, sondern das deutsche Volk in seiner Gesamtheit gerichtet wurde und geplant worden ist. Weidmann will die deutsche Regierung sich diesem Verbrechen unterwerfen, also den Schein erwecken, als ob sie alle Fügen der Gegner über unsere Schuld anerkenne? Das graulame Kriegsmittel ist von den Engländern in Form der Hungerblockade gegen uns angewandt worden, und dieses Mittel wurde selbst nach der deutschen Niederwerfung noch fortgesetzt! Die deutschen Denotationen in Belgien sind eingestellt worden auf Einbruch Amerikas, aber die Gegner haben ungeschickliche deutsche Kriegsgefangene ein ganzes Jahr nach Einstellung der Feindseligkeiten schmachten lassen. Der Friedensvertrag bringt Deutschland nicht einmal in die Rolle einer Ententeekolonie, sondern eines Sklaven. Und dagegen sollen wir nicht im Namen der Demokratie protestieren? Tazegen sollte sich nicht das deutsche Empfinden mit allen Kältern wenden? Herr Bauer und die Führer unserer auswärtigen Politik wollen Deutschland in der Rolle eines Karmes sehen, der sich nicht einmal krümmen darf, wenn er getreten wird.

Nur aktive Politik kann uns frei machen. Nur wenn wir alle Kräfte entfesseln, die bisher verächtlich lagen, werden wir frei wieder atmen können im Gedankens an die Tage der Erlösung. Nur wenn die Forderungen der deutschen Demokratie als nationale Forderungen bewußt vertreten und zum Ausdruck gebracht werden, können wir wieder in dem Gefühle leben, ein zwar niedergeworrenes, aber national durchdrungenes und so des Aufstrebens harrendes Volk zu sein. Wer diese Gefühle nicht weckt, verdrängt die Zukunft des demokratischen Gedankens und der deutschen Nation. Wer immer zaudert und zagt, nicht den Mut hat, auszusprechen was ist, wird nie diesen Tag erleben. Wenn unsere Regierung der tausend Bedenklichen

